

25. September 2025

PRESSEMITTEILUNG

Pflegegesetze: Bundesrat muss planwirtschaftliche Staatspflege verhindern

Morgen berät der Bundesrat über die aktuellen Pflegegesetze. Der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) begrüßt die kritische Haltung der Bundesratsausschüsse zur kommunalen Pflegeplanung und ruft die Länder zum Widerstand gegen die planwirtschaftliche Mangelverwaltung auf.

Dazu erklärt AGVP-Präsident Thomas Greiner: „Die verpflichtende kommunale Pflegeplanung ist ein Angriff auf die Versorgungssicherheit in der Altenpflege – das sehen auch die Bundesratsausschüsse. Sie müssen die Kollegen im Bundestag wachrütteln, denn der Bund braucht keine Zustimmung der Länder. Ohne den Widerstand der Länder drückt der Bund die planwirtschaftliche kommunale Mangelverwaltung durch und zwingt Pflegeunternehmen endgültig in die Knie. Die Folgen für Pflegebedürftige wären fatal.

Auch bei Finanzierungsfragen muss der Bundesrat klare Kante zeigen: Wenn Pflegefachpersonen mehr Verantwortung übernehmen, dürfen die Kosten dafür nicht einseitig auf Pflegebedürftige abgewälzt werden. Gleiches gilt für höhere Kosten infolge der neuen Fachassistentenausbildung. Die Bundesratsausschüsse fordern zu Recht eine faire Anpassung der Ausbildungsfinanzierung. Entscheidend ist auch die niederschwellige Öffnung der Pflegefachassistenz für Zugewanderte: Ein Viertel der Pflegehelferinnen und -helfer sind Ausländer – ohne sie gehen in der Pflege die Lichter aus.“

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte: Andrea Renatus
Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)30 67 80 63 710
Mail: renatus@arbeitgeberverband-pflege.de
Webseite: www.arbeitgeberverband-pflege.de/

Der Arbeitgeberverband Pflege e.V. (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessensvertretung von 955 Mitgliedsunternehmen mit rund 80.000 Beschäftigten in der Altenpflege.

Als starkes Bündnis gestaltet der AGVP gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der für fünf Jahre berufenen Pflegekommission die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Altenpflege.